

DBV legt Tarifforderungen auf den Tisch - Vorsitzender spricht von Streiks

Forderung: ein Plus von sieben Prozent bei einem Mindestplus von 350 Euro.

Auch Beschäftigungssicherung und Arbeitsbedingungen stehen im Fokus. Der DBV gibt sich kämpferisch. Die Deuba sagt nichts.



Die Gewerkschaft DBV will die Lücke, die ihr zufolge zwischen der Vergütung der "Gelben" und der "Blauen" klafft, verringern. | Foto: picture alliance / Bonn.digital | Marc John

Der Deutsche Bankangestellten-Verband (DBV) hat seine Forderungen für die laufende Tarifrunde vorgelegt. Ziel der Gewerkschaft ist es nach eigenen Angaben, den Beschäftigten "einen fairen Anteil am Unternehmenserfolg" zu sichern und zugleich zentrale arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen zu stabilisieren, wie es in einer Mitteilung heißt.

Zwölf Monate Laufzeit

Kernforderung ist eine Erhöhung der Gehälter um sieben Prozent bei einer Mindeststeigerung von 350 Euro. Der neue Tarifvertrag soll eine Laufzeit von zwölf

Monaten haben. Für Auszubildende fordert der DBV, die Ausbildungsvergütungen dauerhaft an das Niveau des Tarifvertrags für das private Bankgewerbe zu koppeln.

Kündigungsschutz bis 2030

Neben den Entgeltfragen legt die Gewerkschaft einen Schwerpunkt auf Beschäftigungssicherung und Arbeitsbedingungen. So soll der bestehende Kündigungsschutz bis zum 31. Dezember 2030 verlängert werden. Darüber hinaus verlangt der DBV verbindliche Standortgarantien für die Operationsstandorte des Instituts.

Weitere Forderungen betreffen Verbesserungen bei der Vergütung von Mehrarbeitsstunden sowie erweiterte Freistellungsansprüche für Gewerkschaftsmitglieder zu unterschiedlichen Anlässen.

Zyklischer Verlauf

DBV-Bundesvorsitzender Stephan Szukalski sagte im Gespräch mit FinanzBusiness, dass er und die Arbeitgeberseite, sprich die Deutsche Bank, derzeit dabei seien, über die Termingestaltung zu sprechen. Er rechne damit, dass es die ersten Gespräche im März geben werde, möglicherweise auch erst im April. Dass es vor dem Stichtag 31. März zu einer Einigung kommen werde, halte er für äußerst unwahrscheinlich: "So richtig werden die Verhandlungen wohl erst im April losgehen."

Szukalski sprach von "Zyklen" bei der Tarifentwicklung. Nach der "großen Inflation von 22/23" habe es 2024 eine "ordentliche Erhöhung" gegeben. Der Zyklus sei damit abgeschlossen. Jetzt befinde man sich in einem weiteren Zyklus, in dem eine "ganz normale" Tarifrunde anstehe. Wobei ein "gewisser Nachholbedarf" bestehe. Die "normale Inflationsentwicklung" müsse ausgeglichen, die Mitarbeiter am Produktionszuwachs beteiligt werden.

Lücke verkleinern

DBV-Sprecher Oliver Popp wies darauf hin, dass ein wichtiges Ziel darin bestehe, die Mitarbeiter der Service- und Tochtergesellschaften der Deutschen Bank - die historisch gesehen aus der Postbank stammen oder heute nach dem Entgelttarifvertrag Postbank bezahlt werden - besser zu stellen.

Als diese Einheiten in den Nuller-Jahren gegründet wurden, sei die Arbeitslosigkeit hoch gewesen, die Marktlage habe die Arbeitgeberseite favorisiert. In den vergangenen Jahren habe sich die Situation "glücklicherweise" gedreht. Jedoch bestehe immer noch eine Lücke zum bei der Deutschen Bank herrschenden Flächentarifvertrag - und diese Lücke solle weiter verkleinert werden. Bei den Verhandlungen ginge auf jeden Fall "Qualität vor

Schnelligkeit" - vorrangiges Ziel sei es, einen guten Abschluss zu erreichen "für die Kollegen, die etliche Jahre zu dürftig bezahlt" worden seien.

Szukalski gibt sich unterdessen kämpferisch: "Es wäre sehr überraschend, wenn die Deutsche Bank so zugänglich wäre, dass eine Lösung ohne Streik möglich wäre. Eins steht fest: Die Belegschaft ist kampferprobt."

Ein Sprecher der Deutschen Bank teilte auf Anfrage von FinanzBusiness mit: "Wir kommentieren nicht."